



Herrn  
Axel Kuckart

per E-Mail: [axel@netcologne.de](mailto:axel@netcologne.de)

Bundestagsbüro:  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227 - 7 33 53  
Fax: 030/ 227 - 7 66 72  
e-mail: [hartmut.koschyk@bundestag.de](mailto:hartmut.koschyk@bundestag.de)

Wahlkreisbüro  
Wölfelstraße 6  
95444 Bayreuth  
Tel.: 09 21/7 64 30 - 0  
Fax: 09 21/5 60 64 24  
e-mail: [hartmut.koschyk@wk.bundestag.de](mailto:hartmut.koschyk@wk.bundestag.de)

---

9. April 2009

Sehr geehrter Herr Kuckart,

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 29. März 2009; in der Sie die entsetzliche und unerklärliche Tat des Amokläufers in Winnenden sowie Fragen des Waffenrechts ansprechen.

In den letzten Tagen haben uns zahlreiche Zuschriften mit unterschiedlichen Bewertungen und Vorschlägen zu diesem Thema erreicht. Unter anderem gab es auch einen Offenen Brief von Eltern, die durch die Tat in Winnenden ihre Kinder verloren haben, in dem die Eltern eine Reihe von Handlungsvorschlägen unterbreitet haben.

Eines steht für mich fest: Wir sollten uns vor eindimensionalen Erklärungen für diese unbegreifliche Tat sowie von voreiligen Rufen nach angeblich auf der Hand liegenden Konsequenzen hüten. Wer auf derartige Taten allein mit dem schnellen Ruf nach immer schärferen waffenrechtlichen Regelungen reagiert, blendet die Komplexität der Zusammenhänge aus. Keine auch noch so strenge gesetzliche Regelung im Bereich des Waffenrechts wäre in der Lage, eine hundertprozentige Sicherheit zu gewährleisten. Ich weise dabei insbesondere Generalverdächtigungen gegen legale Waffenbesitzer wie Sportschützen oder Jäger entschieden zurück. Die überragende Mehrzahl der legalen Waffenbesitzer wird ihrer Verantwortung im Umgang mit legalen Schusswaffen gerecht.

Zwar mag der Ruf nach gesetzlichen Änderungen auf den ersten Blick vielleicht nahe liegend sein. Bevor aber Gesetze geändert werden, muss geprüft werden, ob damit echte Verbesserungen erreicht werden können. Mit Aktionismus, Symbolpolitik und

überschießenden Regelungen wäre niemandem geholfen. Dies ist die klare Position der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in dieser Frage.

Wir haben in der großen Koalition vereinbart, gleichwohl auch zu prüfen, ob von Seiten des Gesetzgebers etwas getan werden kann, um die Gefahr derartiger Taten zu verringern. Diese Prüfung, die wir mit Augenmaß und der gebotenen Nüchternheit vornehmen werden, schuldet der Gesetzgeber schon den Eltern der getöteten Schüler. Über diese Prüfung hinaus wird aber auch über die Frage zu reden sein, wie der gegenseitige Respekt und das Miteinander in der Gesellschaft, insbesondere bei jungen Menschen, gestärkt werden kann. Zudem werden wir den Einfluss des exzessiven Konsums gewalthaltiger Medien - wie etwa von Computerspielen auf junge Menschen - verstärkt in den Blick nehmen müssen. Diese Gesichtspunkte sind mindestens genauso wichtig wie Fragen des Waffenrechts.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Günther Gebhardt'. The signature is written in a cursive style with a prominent initial 'G'.